



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
01.02.2010
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **2**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich/Nichtöffentlich

Sitzungsdatum: **15.09.2009**

Uhrzeit: **15.05 – 16.15 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender Landrat Görisch			
Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-21		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-21		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-21		
Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-21		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-21		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-21		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-21		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen	1-21		
Kiefer, Gerhard, Eich	1-21		
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt	1-21		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-21		
Müller, Bernd, Osthofen	1-21		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein		X	
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-21		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-21		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-21		
Steinmann, Werner, Alzey	1-21		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-21		
Willius, Klaus, Eich	1-21		
CDU-Fraktion			
Blüm, Gerhard, Gundheim		X	
Burkhard, Christoph, Alzey	1-21		
Conrad, Markus, Armsheim	1-21		
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-21		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-21		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-21		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-21		
Müller, Christine, Eich	1-21		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-21		
Pauser, Eva, Flonheim	1-21		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-21		
Spies, Karl, Saulheim	1-21		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-21		
Wagner, Walter, Westhofen	1-21		

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim		X	
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-21		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-21		
Merkel, Klaus, Alsheim	1-21		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-21		
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-21		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-21		
Thörle, Birgit, Saulheim	1-21		
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-21		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch	1-21		
Hinkel, Manfred, Alzey	1-21		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-21		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-21		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-21		
Die Linke			
Heimann, Hanno David, Monsheim	1-21		
NPD			
Acker, Klaus, Bechthelm	1-21		

Kreisverwaltung KVDin Emrich Med. Dir. Dr. Samosny KVR Kauff OAR Dittmann OAR Rauschkolb ARin Bieser VA Stier

Gäste

Schriftführerin KHS Marx

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 15.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 03.09.2009, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 07.09.2009 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die Beschlussvorlagen zu den TOP 3, 11, 17 und 20 wurden mit Schreiben vom 09.09.2009 nachgereicht.

Geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
	<u>Öffentlicher Teil</u>	
-	Einwohnerfragestunde	
1	Schulträgerausschuss Wahl der Mitglieder/Stellvertreter	133/2009
2	Kreisrechtsausschuss Wahl der Beisitzer	134/2009
3	Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe Wahl der Vertreter des Landkreises in der Regionalvertretung	135/2009
4	Gewässerzweckverband Selzverband Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung	136/2009
5	Gewässerzweckverband zur Unterhaltung und zum Ausbau des Wiesbaches Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung	137/2009
6	Zweckverband Schulverband Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung	138/2009
7	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) Wahl eines Vertreters des Landkreises in der Verbands- versammlung	139/2009
8	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Nahe (RNN) Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung	140/2009
9	Bio-Kompostverband 9.1 Wahl der Vertreter des Landkreises im Verbandsausschuss 9.2 Wahl der Vertreter des Landkreises im Vorstand	141/2009 142/2009
10	Zweckverband Rheinhesisches Schullandheim Miltenberg Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung	143/2009
11	Rheinhessen-Touristik GmbH. Wahl eines Vertreters des Landkreises im Aufsichtsrat	144/2009

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
12	Krankenhauskuratorium - DRK-Krankenhaus Alzey Wahl der Vertreter des Landkreises	145/2009
13	Wahl der Patientenfürsprecher 13.1 DRK Krankenhaus Alzey 13.2 Rheinhessen-Fachklinik, Alzey	146/2009 147/2009
14	Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) 14.1 Psychiatriebeirat 14.2 Besuchskommission	148/2009 149/2009
15	Sozialgerichtsbarkeit Wahl von ehrenamtlichen Richtern/innen	150/2009
16	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 des Abfallwirtschaftsbe- triebes des Landkreises Alzey-Worms - Beschlussfassung	69/2009/1
17	Kostenbeteiligung des Landkreises an den Planungskosten des Ausbaus der Bahnstrecke Mannheim-Heidelberg - Beschlussfassung	173/2009/1
18	Infektionsschutz und Hygienemaßnahmen in öffentlichen Gebäuden - Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	161/2009
19	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

20	Personalangelegenheiten	162/2009
21	Mitteilungen und Anfragen	

Verpflichtung von Mitgliedern des Kreistages (§ 23 Abs. 2 Landkreisordnung – LKO)

Der Landrat verpflichtete Kreistagsmitglied Lucia Müller namens des Landkreises durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Bei den TOP 1-15 wurden auf jeweilige Nachfrage des Landrates keine weiteren Wahlvorschläge zu den schriftlich vorliegenden gemacht.

Tagesordnungspunkt: 1	Drucksachenummer: 133/2009
------------------------------	-----------------------------------

Schulträgerausschuss
Wahl der Mitglieder/Stellvertreter

Vorlagentext:

Dem nach den gesetzlichen Bestimmungen (LKO, § 90 Schulgesetz) zu bildenden Schulträgerausschuss sollen auch an den Schulen tätige Lehrer und Eltern der Schüler angehören, wobei jede Schulart angemessen berücksichtigt werden soll. Sofern eine berufsbildende Schule besteht, sollen dem Ausschuss auch Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter angehören.

Bisher wurden 29 Mitglieder gewählt:

- a) 15 Mitglieder und Stellvertreter des Kreistages, wobei mindestens die Hälfte Mitglied des Kreistages sein soll (§ 37 Abs. 1 LKO)
- b) 14 Lehrer-, Eltern-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe.

Im Laufe der Wahlperiode reduziert sich die Zahl zu b) aufgrund des Übergangs von Hauptschule und Realschule zu Realschule plus auf 12. Bis dahin sollen, um alle bestehenden Schularten zu berücksichtigen, nochmals 14 gewählt werden.

Zu a) wird vorgeschlagen, bereits ab Beginn der Wahlperiode nur noch 13 Mitglieder zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 5 CDU: 4 FDP: 1 B 90/Die Grünen: 1 FWG: 2 DIE LINKE: - NPD: -

I. Vorliegende Wahlvorschläge für die 13 vom Kreistag zu wählenden Mitglieder/Stellvertreter im Schulträgerausschuss:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>SPD</u>	
1. Frau Ute Beiser-Hübner	Herr Bernd Westphal
2. Herr Ingo Kleinfelder	Frau Kathrin Anklam-Trapp
3. Herr Gerhard Kiefer	Herr Klaus Willius
4. Herr Gerd Rocker	Herr Hans-Jürgen Piegacki
5. Frau Nicole Sommer-Kundel	Herr Werner Steinmann
<u>CDU</u>	
1. Herr Gerhard Pfeiffer	Frau Kersten Antony
2. Herr Hansjörg Jung	Herr Oliver Sack
3. Frau Eva Pauser	Herr Hans-Peter Knierim
4. Herr Walter Wagner	Herr Jan Metzler
<u>FDP</u>	
1. Herr Hans-Walter Reinhard, Gimbsheim	Herr Karl Theodor Jung, Saulheim

<u>B 90/DIE GRÜNEN</u> 1. Frau Elisabeth Kolb-Noack	Herr Kemal Gülcehre
<u>FWG</u> 1. Herr Jörg Wegener	Frau Karola Mai
2. Herr Wolfgang Schwehm	Frau Ute Klenk-Kaufmann

Kreistagsmitglied Acker schlug sich und Kreistagsmitglied Heimann vor, da sowohl er als auch Herr Heimann bisher in keinem Gremium vertreten seien. Er bezog sich dabei auf § 47 LKO, wonach Kreistagsmitglieder, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören würden, das Recht hätten, in einem Ausschuss ihrer Wahl vertreten zu sein.

Landrat Görisch wies darauf hin, dass sich das Stärkenverhältnis der Fraktionen im Kreistag auch in den Ausschüssen widerspiegeln sollte. In der letzten Kreistagssitzung sei die Zahl der Mitglieder in Ausschüssen auf 13 festgelegt worden. Nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren entfalle auf eine Gruppierung, die nur ein Mitglied habe, kein Mandat in einem 13er Ausschuss. Gleichwohl dürften Vorschläge unterbreitet werden.

Ob zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme in die Ausschüsse entsendet würden, sei durch den Kreistag zu entscheiden. Da kein Antrag auf Erweiterung der Ausschüsse vorliege, bleibe es bei der in der letzten Kreistagssitzung festgelegten Mitgliederzahl. Jedes Kreistagsmitglied habe jedoch das Recht, an den Ausschusssitzungen als Zuhörer teilzunehmen.

Mitglied Acker kündigte an, die Wahl anzufechten.

Auf erneute Anfrage des Landrates wurde kein Wahlvorschlag über die schriftlich vorliegenden hinaus unterbreitet.

Der Landrat erläuterte das Wahlverfahren. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben trete die o. g. Sitzverteilung nur dann ein, wenn alle Fraktionen ihren eigenen Vorschlag entsprechend unterstützen würden.

Beschluss:

I. Wahl der 13 auf Vorschlag der Fraktionen /Kreistagsmitgliedern zu wählenden Mitglieder im Schulträgerausschuss.

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	5
CDU	13	4
FDP	3	1
B 90/DIE GRÜNEN	4	1
FWG	6	2
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

II. Wahl der Vertreter der Lehrer, gewählten Elternvertreter/innen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Schulträgerausschuss:

Seitens der Schulen und sonstigen Vorschlagsberechtigten wurden die im Beschlussvorschlag genannten Personen vorgeschlagen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt als Vertreter der Lehrer, gewählten Elternvertreter/innen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Schulträgerausschuss:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gymnasien Lehrervertreter 1. Herrn Gerhard Hoffmann, Schulleiter ELG	Herrn Gerhard Langkabel, Schulleiter Römerkastell
Gymnasien Elternvertreter 2. Frau Eva Lotta Gross, Ensheim Gymnasium am Römerkastell	Herrn Uwe Förster, Lonsheim Elisabeth-Langgässer-Gymnasium
Realschulen Lehrervertreter 3. Frau Sigrid Grünig, Schulleiterin RS Wörrstadt	Herrn Reinhard Horsch, stellv. Schul. RS Alzey
Realschulen Elternvertreter 4. Herrn Ralf Krämer, Gau-Odernheim Realschule Gau-Odernheim	Herrn Norbert Eichfelder, Flomborn Realschule Alzey
Hauptschulen Lehrervertreter 5. Frau Heike Buchheim, Lehrerin HS Wörrstadt	Frau Ingrid Dexheimer, Lehrerin HS Alzey
Hauptschulen Elternvertreter 6. Frau Maria Exposito-Schuch Hauptschule Alzey	Frau Karin Gauch, Wörrstadt Hauptschule Wörrstadt
Integrierte Gesamtschule Lehrervertreter 7. Herrn Thomas Maar, Schulleiter IGS Osthofen	Frau Angelika Gronenberg, IGS Osthofen
Integrierte Gesamtschule Elternvertreter 8. Frau Petra Gruner-Bauer Georg-Forster-Gesamtschule Wörrstadt	Frau Briga Thormann Georg-Forster-Gesamtschule Wörrstadt
Berufsbildende Schule Lehrervertreter 9. Herrn Christian Fuhrmann, stellv. Schulleiter	Herrn Peter Kurzmeier, Schulleiter
Berufsbildende Schule Elternvertreter 10. Frau Marjana Großmann, Bornheim	Frau Elisabeth Bentz, Albig
Schule Förderschwerp. ganzheitl. Entw. Lehrervertreter 11. Herrn Jürgen Gorgels, Schulleiter	Schule Förderschwerp. Lernen Lehrervertreter Herrn Joachim Fister, Schulleiter
Schule Förderschwerp. Lernen Elternvertreter 12. Frau Gülseren Arioglan, Osthofen	Schule Förderschwerp. Lernen Elternvertreter Herrn Dr. Jürgen Waldorf, Nack
Arbeitnehmervertreter - DGB 13. Herrn Werner Breuder, Framersheim	Herrn Rudolf Blahnik, Alzey
Arbeitgebervertreter - HWK/IHK 14. Herrn Jürgen Kundel, Alzey (HWK)	Herrn Wilhelm Gerlach, Ober-Flörsheim (IHK)

Der Kreistag beschließt, über die Wahl der Vertreter der Lehrer, gewählten Elternvertreter/innen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Schulträgerausschuss offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

42 Ja 1 Enthaltung

Kreisrechtsausschuss
Wahl der Beisitzer

Vorlagentext:

Nach § 9 des Landesgesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung wählt der Kreistag mindestens 6 Beisitzer für den Kreisrechtsausschuss. Aus Gründen der Praktikabilität und um Nachwahlen zu vermeiden, wird vorgeschlagen, 22 Beisitzer zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 8 CDU: 7 FDP: 2 B 90/Die Grünen: 2 FWG: 3 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>SPD</u>
1. Frau Christel Corell
2. Herr Hans-Jürgen Piegacki
3. Frau Ute Beiser-Hübner
4. Herr Franz-Josef Lenges
5. Frau Helga Merker
6. Frau Barbara Hübner
7. Herr Walter Fröbisch
8. Herr Reinhold Unkelbach
<u>CDU</u>
1. Herr Wolfgang Hoffmann
2. Herr Reinhold Köhm
3. Herr Elmar Johann
4. Herr Gerhard Blüm
5. Herr Jürgen Fischer
6. Herr Heinz Rohschürmann
7. Frau Gretel Bornheimer
<u>FDP</u>
1. Herr Heinz-Ulrich Geil
2. Frau Ulrike Wirth
<u>B 90/DIE GRÜNEN</u>
1. Herr Kemal Gülcehre
2. Herr Jürgen Wildner
<u>FWG</u>
1. Herr Tobias Kaufmann
2. Frau Hildegard Schnitzspan
3. Herr Wolf-Dieter Egli

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	8
CDU	13	7
FDP	3	2
B 90/DIE GRÜNEN	4	2
FWG	6	3
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Tagesordnungspunkt: 3

Drucksachenummer: 135/2009

Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

Wahl der Vertreter des Landkreises in der Regionalvertretung

Vorlagetext:

Nach § 15 Landesplanungsgesetz i.V.m. § 6 der Satzung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe entsendet der Landkreis neben dem Landrat 7 weitere Mitglieder und Stellvertreter. Hiervon sind mindestens die Hälfte, also 4, aus Vorschlägen der Vertretungsorgane der Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinden zu wählen. Es verbleiben somit 3 Mitglieder und Stellvertreter, die auf Vorschlag des Kreistages zu wählen sind.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

3 Mitglieder / Stellvertreter:

SPD: 1 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

I. Vorliegende Wahlvorschläge für die Wahl der 3 Mitglieder/Stellvertreter des Kreistages

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>SPD</u> 1. Herr Gerhard Kiefer	Herr Ingo Kleinfelder
<u>CDU</u> 1. Herr Heinz-Hermann Schnabel	Herr Wolfgang Hoffmann
<u>FWG</u> 1. Herr Wolfgang Schwehm	Frau Karola Mai

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Form der Abstimmung:
Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	1
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

II. Wahl der 4 Vertreter/Stellvertreter auf Vorschlag der Vertretungsorgane der Verbandsgemeinen und verbandsfreien Gemeinden:

Vorgeschlagen sind:

Stadt Alzey: Herr Heiko Sippel, MDL	Herr Christoph Burkard
Stadt Osthofen: Herr Bernd Müller	Herr Reinhold Unkelbach
VG Alzey-Land: Herr Steffen Unger	
VG Eich: Keine Meldung	
VG Monsheim: Herr Ralph Bothe	Herr Walter Hahn
VG Westhofen Herr Walter Wagner	Herr Gerhard Blüm
VG Wöllstein Herr Gerd Rocker	
VG Wörrstadt: Herr Markus Conrad	Herr Heinrich Nehrass

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Form der Abstimmung:
Offen

Der Kreistag wählt als Vertreter/Stellvertreter auf Vorschlag der Vertretungsorgane der Verbandsgemeinen und verbandsfreien Gemeinden:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
1. Herrn Heiko Sippel, MdL	Herrn Christoph Burkhard
2. Herrn Ralph Bothe	Herrn Gerd Rocker
3. Herrn Walter Wagner	Herrn Steffen Unger
4. Herrn Markus Conrad	Herrn Bernd Müller

Ergebnis der Wahl:

42 Ja 1 Nein

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachennummer: 136/2009

Gewässerzweckverband Selzverband
Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagentext:

Gem. § 5 der Verbandsordnung besteht die Verbandsversammlung aus 11 Mitgliedern. Der Landkreis Alzey-Worms entsendet 4 Mitglieder, der Landkreis Mainz-Bingen 7. Die gesetzlichen Vertreter beider Landkreise sind geborene Mitglieder, so dass vom Landkreis Alzey-Worms noch 3 Mitglieder zu wählen sind. Stellvertreter sind nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>
<u>SPD</u> 1. Herr Heiko Sippel
<u>CDU</u> 1. Frau Astrid Stork
<u>FWG</u> 1. Herr Walter Klippel

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	1
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Tagesordnungspunkt: 5	Drucksachenummer: 137/2009
------------------------------	-----------------------------------

Gewässerzweckverband zur Unterhaltung und zum Ausbau des Wiesbaches
Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagentext:

Gem. § 5 der Verbandsordnung besteht die Verbandsversammlung aus 7 Mitgliedern. Der Landkreis Alzey-Worms entsendet 4 Mitglieder, der Landkreis Mainz-Bingen 3. Die gesetzlichen Vertreter beider Landkreise sind geborene Mitglieder, so dass vom Landkreis Alzey-Worms noch 3 Mitglieder zu wählen sind. Stellvertreter sind nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>
<u>SPD</u> 1. Herr Robert Majchrzyk
<u>CDU</u> 1. Herr Hansjörg Jung
<u>FWG</u> 1. Frau Karola Mai

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	1
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Tagesordnungspunkt: 6	Drucksachenummer: 138/2009
------------------------------	-----------------------------------

Zweckverband Schulverband Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung
Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagentext:

Gem. § 4 der Verbandsordnung stellt der Landkreis Alzey-Worms neben dem Landrat 3 weitere Mitglieder in der Verbandsversammlung. Stellvertreter sind nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>
<u>SPD</u> 1. Frau Jutta Dexheimer
<u>CDU</u> 1. Frau Mirja Herok
<u>FWG</u> 1. Frau Hildegard Schnitzspan

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	1
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 139/2009
------------------------------	-----------------------------------

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)
Wahl eines Vertreters des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagetext:

Nach § 8 der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar besteht die Verbandsversammlung aus den gesetzlichen Vertretern der Mitgliedskörperschaften. Zusätzlich kann der Landkreis noch 1 weiteres Mitglied entsenden. Ein Stellvertreter ist nach der Verbandsordnung nicht vorgesehen, wurde in der vergangenen Wahlperiode jedoch gewählt.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09:

SPD: 1 CDU: - FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: - DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
SPD 1. Herr Heribert Erbes	Herr Werner Steinmann

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach d'Hondt
SPD	41	1
CDU		
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG		
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Nahe (RNN)
Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagentext:

Gem. § 9 der Verbandsordnung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Nahe besteht die Verbandsversammlung aus den gesetzlichen Vertretern der Mitglieds Körperschaften und weiteren Vertretern. Weitere Vertreter sind die von den Verbandsmitgliedern bestimmten weiteren Personen. Der Landkreis kann 7 weitere Vertreter benennen. Stellvertreter sind nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):
SPD: 2 CDU: 2 FDP: 1 B 90/Die Grünen: 1 FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>
<u>SPD</u>
1. Herr Gerd Rocker
2. Herr Werner Steinmann
<u>CDU</u>
1. Herr Gerhard Pfeiffer
2. Herr Hansjörg Jung
<u>FDP</u>
1. Herr Heribert Erbes
<u>B 90/DIE GRÜNEN</u>
1. Herr Klaus Becker
<u>FWG</u>
1. Herr Herwarth Mankel

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	14	2
CDU	13	2
FDP	4	1
B 90/DIE GRÜNEN	4	1
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Bio-Kompostverband

9.1 Wahl der Vertreter des Landkreises im Verbandsausschuss

Vorlagentext:

Nach § 7 der Satzung des Bio-Kompostverbandes hat der Ausschuss 13 ordentliche und 13 stellvertretende Mitglieder. Davon werden 7 Mitglieder und ihre Stellvertreter vom Kreistag gewählt, sie dürfen nicht dingliche Mitglieder sein. Außerdem können Ausschussmitglieder nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 2 CDU: 2 FDP: 1 B 90/Die Grünen: 1 FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>SPD</u>	
1. Herr Bernd Westphal	Herr Ralph Bothe
2. Herr Klaus Willius	Frau Ute Beiser-Hübner
<u>CDU</u>	
1. Herr Reinhold Köhm	Herr Gernot Schultheiß
2. Herr Dr. Markus Bachen	Frau Eva Pauser
<u>FDP</u>	
1. Herr Georg von Wallersbrunn	Herr Wolfgang Janson
<u>B 90/DIE GRÜNEN</u>	
1. Frau Birgit Thörle	Frau Elisabeth Kolb-Noack
<u>FWG</u>	
1. Herr Walter Balz	Herr Helmut Erbedinger

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	14	2
CDU	13	2
FDP	4	1
B 90/DIE GRÜNEN	4	1
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Bio-Kompostverband
9.2 Wahl der Vertreter des Landkreises im Vorstand

Vorlagentext:

Nach § 11 der Satzung des Bio-Kompostverbandes besteht der Vorstand aus 7 Mitgliedern und Stellvertretern. Davon werden 4 Mitglieder und ihre Stellvertreter vom Kreistag gewählt.

Mitglieder des Verbandsausschusses können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 2 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>SPD</u> 1. Herr Franz-Josef Lenges	Herr Hans-Jürgen Piegacki
2. Herr Bernd Müller	Herr Werner Steinmann
<u>CDU</u> 1. Herr Thomas Huckle	Frau Irmgard Hirschel-Urnauer
<u>FWG</u> 1. Frau Hildegard Schnitzspan	Frau Ute Klenk-Kaufmann

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	2
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Zweckverband Rheinhessisches Schullandheim Miltenberg
Wahl der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung

Vorlagentext:

Gem. § 6 Abs. 1 und Abs. 4 der Verbandsordnung sind für den Landkreis Alzey-Worms 6 Vertreter zu wählen. Stellvertreter sind nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 2 CDU: 2 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Ein weiteres Mitglied von FDP oder B90/Die Grünen

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>
<u>SPD</u>
1. Frau Ute Beiser-Hübner
2. Herr Hans-Walter Reinhard, Gimbsheim
<u>CDU</u>
1. Herr Walter Wagner
2. Herr Jürgen Fischer
<u>B 90/Die Grünen</u>
1. Frau Elisabeth Kolb-Noack
<u>FWG</u>
1. Frau Hildegard Schnitzspan

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	2
CDU	13	2
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN	4	1
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	5	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Rheinessen-Touristik GmbH.
Wahl eines Vertreters des Landkreises im Aufsichtsrat

Vorlagentext:

Gem. § 10 des Gesellschaftervertrages besteht der Aufsichtsrat aus 10 Mitgliedern, wovon der Landkreis Alzey-Worms 2 Mitglieder stellt. Der Landrat ist Mitglied kraft Amtes, so dass noch 1 Mitglied zu wählen ist. Ein Stellvertreter ist nicht zu wählen.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):
SPD: 1 CDU: - FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: - DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglied</u>
<u>SPD</u>
1. Herr Heiko Sippel, MDL

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	41	1
CDU		
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG		
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	2	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Krankenhauskuratorium – DRK-Krankenhaus Alzey
Wahl der Vertreter des Landkreises

Vorlagentext:

Gem. § 6 des Betriebsübernahmevertrages zwischen dem Landkreis Alzey-Worms und der DRK Krankenhaus GmbH ist ein Krankenhauskuratorium als Beratungsorgan bestellt. Diesem gehören neben dem Landrat 3 gewählte Vertreter des Kreistages an. Die Wahl von Vertretern ist vertraglich nicht zwingend erforderlich, wurde in der Vergangenheit aber so praktiziert. Mitglieder und Stellvertreter müssen Mitglied des Kreistages sein.

Sitzverteilung nach Kommunalwahl 07.06.09 (Verfahren nach Hare/Niemeyer):

SPD: 1 CDU: 1 FDP: - B 90/Die Grünen: - FWG: 1 DIE LINKE: - NPD: -

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>SPD</u> 1. Frau Kathrin Anklam-Trapp	Frau Jutta Dexheimer
<u>CDU</u> 1. Herr Dr. Ludwig Tauscher	Herr Heinz-Hermann Schnabel
<u>FWG</u> 1. Herr Wolfgang Schwehm	Frau Hildegard Schnitzspan

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Ergebnis der Wahl:

Wahlvorschlag	Stimmen	Ergibt Sitze nach Hare/Niemeyer-Verfahren
SPD	15	1
CDU	13	1
FDP		
B 90/DIE GRÜNEN		
FWG	6	1
Ungültige Stimmen		(zählen nicht mit)
Enthaltungen	9	(zählen nicht mit)

Gewählt sind (entsprechend der Anzahl der Sitze) die Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Benennung im jeweiligen Wahlvorschlag.

Tagesordnungspunkt: 13

Drucksachenummer: 146/2009

Wahl der Patientenfürsprecher
13.1 DRK Krankenhaus Alzey

Vorlagetext:

Nach § 25 Abs. 1 Landeskrankenhausgesetz (LKG) ist für jedes Krankenhaus vom örtlich zuständigen Gremium (Kreistag) für die Dauer seiner Wahlzeit im Einvernehmen mit dem Krankenhausträger ein/e Patientenfürsprecher/in zu wählen. Bedienstete des Krankenhausträgers sind nicht wählbar.

Gem. § 25 Abs. 3 LKG ist das Amt des Patientenfürsprechers ein Ehrenamt. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist dem/der Patientenfürsprecher/in vom Landkreis eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Diese ist in § 12 der Hauptsatzung mit derzeit 55 € monatlich festgelegt.

Zuletzt war Herr Friedel Bayer, Alzey, Patientenfürsprecher. Herr Bayer ist bereit, das Amt auch in der neuen Wahlperiode auszuüben. Das Einvernehmen mit dem DRK ist hergestellt.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt zum Patientenführer für das DRK-Krankenhaus Alzey Herrn Friedel Bayer, Alzey.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 13

Drucksachennummer: 147/2009

Wahl der Patientenführer
13.2 Rheinhessen-Fachklinik Alzey

Vorlagentext:

Nach § 25 Abs. 1 Landeskrankenhausgesetz (LKG) ist für jedes Krankenhaus vom örtlich zuständigen Gremium (Kreistag) für die Dauer seiner Wahlzeit im Einvernehmen mit dem Krankenhausträger ein/e Patientenführer/in zu wählen. Bedienstete des Krankenhausträgers sind nicht wählbar.

Gem. § 25 Abs. 3 LKG ist das Amt des Patientenführers ein Ehrenamt. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist dem/der Patientenführer/in vom Landkreis eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Diese ist in § 12 der Hauptsatzung mit derzeit 210 € monatlich festgelegt.

Zuletzt war Frau Ingrid Richards, Alzey, Patientenführerin. Frau Richards ist bereit, das Amt auch in der neuen Wahlperiode auszuüben. Das Einvernehmen mit der RFK ist hergestellt.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt zur Patientenführerin der RFK Frau Ingrid Richards, Alzey.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG)

14.1 Psychiatriebeirat

Vorlagentext:

Nach § 7 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) kann der Landkreis einen Psychiatriebeirat bilden, dem insbesondere Vertreter an der psychiatrischen Versorgung beteiligter Organisationen einschließlich der Leistungs- und Kostenträger sowie Angehörige psychisch kranker Personen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen angehören.

Die Koordinierungsstelle für Psychiatrie schlägt folgende Personen vor:

Mitglied:

Stellvertretung:

Hilfsverein Alzey/Rheinhessen e.V.

Herr Dr. med. Jochen Klinga

Frau Gaby Brehm

Verein für die integrative Versorgung Abhängigkeitskranker e.V. (V.I.V.A. e.V.), Alzey

Frau Marie-Luise Bloch

Frau Dr. Heidemarie Emisch

Ev. Diakoniewerk Zoar, Rockenhausen

Herr Kurt Philipp

Herr Martin Bach

Rheinhessen-Fachklinik, Alzey

Herr Dr. Wolfgang Guth

Herr Dr. med. Uwe Reinert

Niedergelassene Fachärzte für Psychiatrie

Herr Dr. Rudolf Herbst

Frau Heike Helena Elspaß

Niedergelassene Fachärzte für Allgemeinmedizin

Frau Dr. med. Annelore Bemb

Herrn Dr. Ingmar Eisinger

Niedergelassene Psychotherapeuten

Dr. med. Sabine Egelhoff

Frau Dipl.-Psych. Margit Klein

Agentur für Arbeit, Alzey

Frau Susanne Decker

Frau Marion Zillwich

AOK- Regionaldirektion Worms-Alzey

Herr Norbert Baldauf

Herr Hans Jörg Holzfuß

Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Rheinland-Pfalz, Alzey

Frau Dr. Gerlinde Piepenhagen

Herr Dr. Manfred Nosper

Psychiatrie-Erfahrene

Herr Joachim Kunkel

Herr Herbert Hartmann

Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen Psychiatrie-Erfahrener

Frau Maria Sommer

Frau Helga Herbert

Sprecher der PSAG, Alzey

Frau Gabriele Schmich-Gehbauer

Frau Kornelia Mikolasch

Kreisverwaltung Alzey-Worms

Abt. 7, Ref. 71 (Gesundheitsreferat)

Frau Corinna Abshagen

Herr Dr. Harald Schirmer

Abt. 4 (Sozialamt)

Herr Ernst Straus

Herr Karl-Hans Jung

CJD e.V. Alzey

Herr Horst Braun

Frau Renate Blum

Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms

Herrn Manfred Harbauer

Frau Ilka Huber

Caritas Verband Worms-Alzey

Herr Karl-Heinz Fenselau

Frau Christine Graf

Bildungswerk Handwerk

Frau Doris Stölzle

Frau Christina Göth

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen in den Psychiatriebeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 14

Drucksachenummer: 149/2009

Wahlen nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG)

14.2 Besuchskommission

Vorlagentext:

Nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) sollen Landkreise, in deren Gebiet sich eine Einrichtung im Sinne des § 12 Abs. 1 PsychKG (Rheinhessen-Fachklinik) befindet, eine Besuchskommission berufen. Aufgabe der Besuchskommission ist es, die Rheinhessen-Fachklinik in Abständen von längstens einem Jahr zu besichtigen, um zu prüfen, ob die Rechte der untergebrachten Personen nach dem PsychKG gewahrt werden.

Die Koordinierungsstelle für Psychiatrie schlägt gem. den Empfehlungen des Landespsychiatriebeirates über die Besetzung der Besuchskommission folgende Personen vor:

Mitglied

stellvertretendes Mitglied

Person mit Befähigung zum Richteramt:

Frau Johanna Hoffmann
Grabenacker 5
67295 Bolanden

Frau Barbara Cudina
Sandhofer Str. 323
68307 Mannheim

Vertreter des Psychiatriebeirates:

N.N.

Frau Gaby Brehm
Hilfsverein Alzey/Rheinhessen e.V.
Kästrich 8
55232 Alzey

Vertreter der Psychiatrie-Erfahrenen:

Herr Herbert Hartmann
Gartenstr. 8
67294 Mauchenheim

Herr Joachim Kunkel
Gernotstr. 32
55232 Alzey

Ärztin/Arzt der Psychiatrie:

Frau Corinna Abshagen
Abt. 7, Ref. 71
Kreisverwaltung Alzey-Worms
Gesundheitsamt

Frau Heike Helena Elspaß
Josselinstr. 39
55232 Alzey

Vertreter der Angehörigen:

Frau Maria Sommer
Bahnhofstr. 12
67586 Hillesheim

Frau Helga Herbert
Hegelstr. 13
67549 Worms

Soweit die vorgeschlagenen Personen nicht im Landkreis wohnen, sind sie jedoch mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut, da sie bereits in Gremien des Landkreises Alzey-Worms mitarbeiten oder aber aus beruflichen Gründen (Betreuer) hier tätig sind.

Landrat Görisch erläuterte ergänzend, dass die Kommission alljährlich einen Besuch in der RFK vornehme und überprüfe, ob die Betreuung und die Behandlungen entsprechend den gesetzlichen, richterlichen und medizinischen Vorgaben erfolge. Der darüber gefertigte Bericht werde den Fraktionen im Kreistag zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen in die Besuchskommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 15

Drucksachenummer: 150/2009

Sozialgerichtsbarkeit

Wahl von ehrenamtlichen Richtern/innen

Vorlagetext:

Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung zum 01.01.2005 hatte der Landkreis Alzey-Worms mindestens 3 Personen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen in der Sozialgerichtsbarkeit zu benennen. Es konnten auch mehr Personen benannt werden. Nach dem Stärkeverhältnis im Kreistag standen (rein rechnerisch nach Hare/Niemeyer-Verfahren) bei 3 Personen je 1 den Fraktionen der SPD, CDU und FWG zu.

Der Kreistag beschloss am 14.09.2004 folgende Vorschläge:

Steinmann, Werner		Amtgasse 24	55232 Alzey
Clemenz, Bernd	*)	Am Weidenbaum 12	55232 Alzey
Mittnacht, Ludwig	*)	Alzey Str. 25	55234 Flornborn
Becker, Klaus		Hindenburgring 34	55237 Bornheim

*) Nicht Mitglied des KT

Berufen wurden durch den Präsidenten des Landessozialgerichts am 18./19.10.2004

- zu ehrenamtlichen Richtern am Sozialgericht:

Becker, Klaus

Clemenz, Bernd *)

- zum ehrenamtlichen Richter am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz:

Steinmann, Werner

Die Amtszeiten enden am 31.12.2009. Der Präsident des Landessozialgerichtes fragt nunmehr an, ob die ehrenamtlichen Richter für eine erneute Amtsperiode vorgeschlagen werden oder ob ein neuer Vorschlag eingereicht wird (wobei Frauen angemessen zu berücksichtigen wären).

Nach dem Stärkeverhältnis im Kreistag stehen bei 3 Personen je 1 den Fraktionen der SPD, CDU und FWG zu. Es können allerdings auch mehr als 3 Personen vorgeschlagen werden, die Auswahl erfolgt durch den Präsidenten des Landessozialgerichtes.

Vorliegende Wahlvorschläge

<u>SPD</u> 1. Herr Werner Steinmann
<u>CDU</u> 1. Frau Gabriele Gerlach
<u>FDP</u> 1. Frau Ute Rößler
<u>B 90/DIE GRÜNEN</u> 1. Herr Klaus Becker
<u>FWG</u> 1. Herr Peter Mai 2. Herr Wolfgang Schwehm

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen in der Sozialgerichtsbarkeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 16

Drucksachenummer: 69/2009/1

Feststellung des Jahresabschlusses 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Alzey-Worms
- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Von Ende Februar bis Anfang April 2009 prüfte die beauftragte Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz, den vom AWB vorgelegten Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind sehr ausführlich im Prüfungsbericht dargestellt. Für das genannte Geschäftsjahr wurde ein Gewinn von 1.650.618,19 € festgestellt.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

Erlöse	Mehreinnahmen	rd.	+	297.136 €
Aufwendungen	Minderaufwand	rd.	+	307.212 €
Personalkosten	Mehraufwand	rd.	-	15.280 €
geplanter Überschuss		rd.	+	1.061.550 €
<hr/>				
Überschuss zum 31.12.2008		rd.	+	1.650.618 €

Die Mehreinnahmen entstanden im Wesentlichen bei den Positionen Hausmüll (88 T€), Sonstige Erlöse (22 T€), bei den Mahngebühren/Säumniszuschlägen (19 T€) und Zinserträge aus Festgeld und Kassenkrediten an den Einrichtungsträger (418 T€), vermindert durch Wenigereinnahmen beim Gewerbemüll (32 T€), bei der Gasverwertung (82 T€), Papierverwertung (44 T€), Anlieferungen auf der KMD (44 T€), Kostenersatz Untere Abfallbehörde (7 T€) und beim Kostenersatz DSD (41 T€).

Die wesentlichen Minderausgaben entstanden bei den Positionen Kosten für die WSH (93 T€), Behandlungskosten GML (176 T€), Umlage GML (53 T€), Kosten der VGA (168 T€), Aufwendungen KMD (22 T€), Gerichtskosten (28 T€), Darlehenszinsen (29 T€) und Sonstige Konten (29 T€). Demgegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Positionen Verwaltungs- und Personalkostenerstattung (66 T€) und den periodenfremden Aufwendungen (225 T€ in der Hauptsache Umsatzsteuerabwicklungen Vorjahre).

Der Wirtschaftsprüfer hat dem Jahresabschluss 2008 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt und seinen Prüfungsbericht in der Sitzung des Werksausschusses vorgestellt.

Empfehlung des Werksausschusses:

Der Werksausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Jahresabschluss 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes mit einem Jahresgewinn von 1.650.618,19 € festzustellen. Der Jahresgewinn wird zum Abbau des Verlustvortrages aus dem Jahr 2005 verwendet.

Landrat Görisch wies ergänzend darauf hin, dass der Prüfbericht allen Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden sei. Sodann ging er auf einige Punkte des Prüfberichtes ein. Die Kalkulation für die

Rückstellungen in Höhe von 14 Mio. € sei auf Basis der Kosten, die voraussichtlich für die Umsetzung aller geplanten Maßnahmen entstehen würden, erfolgt.

Im Rahmen der bestehenden Kreditverträge werde geprüft, ob vorzeitige Kreditablösungen möglich seien, um die vorhandene Liquidität wirtschaftlich einzusetzen. Ansonsten würden die Mittel zinsbringend angelegt. Ein Faktor für das gute Ergebnis seien die hieraus sich ergebenden Zinsgewinne.

Eine Umlageerstattung durch die GML habe ebenfalls zu einem besseren Ergebnis geführt. Damit bestätige sich, dass die Beteiligung bei der GML die richtige Entscheidung gewesen sei. Für 2009 sei beim AWB ebenfalls mit einem positiven Ergebnis, wenn auch etwas geringer als 2008, zu rechnen (geringere Guthabenzinsen, Preisrückgang Papier).

Abschließend dankte er dem Werkleiter, Herrn Dittmann sowie Herrn Klippel und den Mitarbeitern des AWB für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2008.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) bezeichnete den Jahresabschluss 2008 als positiv und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion. Er dankte den Mitarbeitern des AWB für ihre Arbeit. Auch im kommenden Jahr werde ein positiver Abschluss möglich sein, mit dem die notwendigen Kapitalaufstockungen vorgenommen werden könnten.

Kreistagsmitglied Spies führte aus, dass laut Jahresabschluss gute Arbeit geleistet worden sei. Im Zuge der Stilllegung der Deponie im Jahr 2005 sei eine Rückstellung in Höhe von rd. 6 Mio. € erfolgt. Das dadurch entstandene negative Kapitalkonto habe sich zwischenzeitlich erholt und auch der Verlustvortrag könne voraussichtlich bis zum nächsten Jahr wieder ausgeglichen werden. Ursprünglich war dies bis zum Jahr 2014 vorgesehen. Daher stelle sich die Frage, ob eine Gebührensenkung möglich sei. Er bemängelte, dass im Hinblick auf den Rechtsstreit über die Anpassung des Bewirtschaftungsvertrages keine Angaben über die Höhe der finanziellen Risiken im Bericht zu finden seien. Nach seiner Auffassung sei hier aus Vorsorgegründen die Bildung einer Rückstellung erforderlich.

Kreistagsmitglied Busch signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum Jahresabschluss 2008, wofür allen Verantwortlichen zu danken sei. Es sei ordentlich gewirtschaftet worden.

Auch **Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** zeigte sich erfreut über das positive Ergebnis des Jahresabschlusses und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Kreistagsmitglied Thörle signalisierte die Zustimmung ihrer Fraktion, bemängelte jedoch, dass nicht für alle Bereiche optimierte Verwertungskonzepte vorliegen würden, z. B. für Altmetall. Auch stelle sich die Frage, warum die Umsatzerlöse für Gewerbemüll oder Selbstlieferer zurückgegangen seien. Durch gezielte zusätzliche Informationen und Öffentlichkeitsarbeit könne dem Bürger vermittelt werden, dass Abfälle Wertstoffe seien, durch deren Verwertung Gebühren stabil gehalten werden könnten. Im Hinblick auf die Abfuhr der Grünabfälle seien weitere Maßnahmen zur Optimierung der Kompostqualität erforderlich. Für die kommenden Jahre könnten finanzielle Risiken aufgrund der anhängigen Rechtsstreite und der Nachsorgekosten für die Deponie nicht ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der versäumten fristgerechten Kündigung des Hauptentsorgungsvertrages hätte sie mehr Informationen im Bericht erwartet.

In seinen Erwiderungen wies **Landrat Görisch** darauf hin, dass der Vertrag mit der Firma Hinkel bis Ende des Jahres 2010 erfüllt würde. Die Steigung des Zinsniveaus sei bei Aufstellung des Etats nicht in dieser Höhe zu erwarten und deshalb nicht eingeplant gewesen. Die Rückstellung für die Nachsorgearbeiten für die Deponie sollte ursprünglich bis zum Jahr 2014 gebildet sein. Allerdings sei dies, bedingt durch die Schließung zum 01.06.2005 und der Vorgabe der Wirtschaftsprüfer nun früher erfolgt. Für den Bürger habe dies keine finanziellen Auswirkungen, da dies ein rein buchhalterischer Vorgang sei.

Aus heutiger Sicht gehe man davon aus, dass die Eigenkapitalquote bis zum Jahr 2012 wieder auf den Stand wie vor dem 01.06.2005 gebracht werden könne. Eine Gebührensenkung sei derzeit kein Thema. Ziel sei, die seit 2006 stabilen Gebühren zu halten. Sollte bei der Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages ein günstigeres Angebot erzielt werden, werde die Verwaltung eine entsprechende Gebührensenkung prüfen.

Im Hinblick auf den Rechtsstreit mit der Firma Hinkel habe der Wirtschaftsprüfer eine Rückstellungsbildung nicht gefordert. Hier sollte zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Im Bezug auf Gewerbeabfälle habe der Kreis kaum Steuerungsmöglichkeiten, da jedes Unternehmen eigenständig über die Entsorgung seiner Abfälle entscheiden könne. Insgesamt habe der Landkreis eine sehr hohe Verwertungsquote.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2008 des Abfallwirtschaftsbetriebes mit einem Jahresgewinn von 1.650.618,19 € fest. Der Jahresgewinn wird zum Abbau des Verlustvortrages aus dem Jahr 2005 verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 17

Drucksachenummer: 173/2009/1

Kostenbeteiligung des Landkreises an den Planungskosten des Ausbaus der Bahnstrecke
Mannheim-Heidelberg
- Beschlussfassung

Vorlagentext:

Die S-Bahn hat sich seit ihrer Inbetriebnahme am 14. Dezember 2003 überaus erfolgreich entwickelt. Nach den inzwischen erfolgten Ausbauten zwischen Speyer und Germersheim (Dezember 2006) sowie zwischen Kaiserslautern und Homburg (Dezember 2006) hat die Kundennachfrage weiter zugenommen. Die aus Rheinland-Pfalz kommenden S-Bahn-Linien 1 - 4 führen über Mannheim hinaus nach Heidelberg und von dort nach Karlsruhe und ins Neckartal. Für die Weiterentwicklung der S-Bahn hat die Stadt Mannheim im Juli 2009 den Bau- und Finanzierungsvertrag für die S-Bahn-Station Sport- und Messepark unterzeichnet, die von den vier S-Bahn-Linien ebenso bedient wird wie von der zukünftigen Linie von Biblis über Mannheim Hbf nach Bensheim/Darmstadt.

Hinzu kommt noch die über den gesamten Streckenabschnitt Mannheim-Heidelberg geplante S-Bahn-Linie Mainz-Worms-Mannheim-Heidelberg-Sinsheim/Aglasterhausen. Diese Linie wird vor allem die von den Kunden immer wieder geforderten durchgängigen Verbindungen aus Richtung Worms nach Heidelberg ermöglichen. Eine weitere S-Bahn-Linie der 2. Stufe, die vor allem den Mannheimer Hauptbahnhof berührt, stellt die Linie Karlsruhe-Mannheim dar.

Das neue S-Bahn-Angebot soll über den Fahrplan 2009 hinaus noch stärker vertaktet werden. Zu diesen Planungen hinzu kommen noch Überlegungen für eine Ausdehnung der Zahl der RE-Züge zwischen Mannheim und Frankfurt und neue RE-Verbindungen von Saarbrücken nach Mannheim sowie einzelne RE-Verbindungen zwischen Mainz und Mannheim.

Aus all dem wird deutlich, dass der Knotenbereich Mannheim-Heidelberg das Herzstück des zukünftigen Gesamtnetzes der S-Bahn Rhein-Neckar bildet. Wie Untersuchungen ergeben haben, ist eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieses zentralen Streckenabschnittes daher dringend notwendig. Sie ist vor allem auch Voraussetzung für die Weiterentwicklung des S-Bahn-Konzeptes insbesondere im Hinblick auf zusätzliche Direktverbindungen, nachfragegerechte Zusatzkapazitäten und eine dauerhaft hohe Pünktlichkeit.

Neben diesen Maßnahmen des Nahverkehrs im Verbundraum gibt es auch beim Güterverkehr und beim Fernverkehr die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur den wachsenden Anforderungen anzupassen. In Anbetracht dieser Sachlagen haben das Bundesverkehrsministerium und das Eisenbahnbundesamt, die für die Bundeszuschüsse zuständig sind, gefordert, die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen aufeinander abzustimmen und finanziell eindeutig zuzuordnen.

Folgende Einzelmaßnahmen sind Bestandteil des Ausbaupaketes:

- 1a Bau eines zusätzlichen Bahnsteigs im Hbf Mannheim zur Herstellung zweier zusätzlicher Bahnsteigkanten (Bahnsteig F)
- 1b Verschwenkung der Gleise im Hbf Mannheim einschließlich Anpassungsmaßnahmen am Ost- und Westkopf
- 2 Kapazitätsausweitung zwischen Mannheim Hbf und Mannheim-Friedrichsfeld Süd (dreigleisiger Ausbau)
- 3 Verbesserter Anschluss der Main-Neckar-Bahn (kreuzungsarme Anbindung in Mannheim-Friedrichsfeld)
- 4 Getrennte Einführung der Main-Neckar-Bahn und der Strecke von Mannheim in den Hbf Heidelberg (viergleisiger Ausbau zwischen Heidelberg Hbf und Heidelberg-Wieblingen)

Die Kosten für diese Maßnahmen werden bisher grob auf 212,7 Mio. € geschätzt. Das Land Baden-Württemberg und der ZRN haben sich nach intensiven rund 3-jährigen Verhandlungen mit der DB und nach Prüfung durch das Eisenbahnbundesamt mit der DB Netz AG und dem Bundesverkehrsministerium auf eine Kostenaufteilung verständigt, die sich an der zukünftigen Belastung der jeweiligen Teilabschnitte durch die verschiedenen Verkehrsträger orientiert. Bei Anlegen dieser Maßstäbe ergibt sich eine Aufteilung der Gesamtkosten von 60 % (Anteil Nahverkehr) zu 40 % (Anteil Fern- und Güterverkehr). Da eine Mischfinanzierung innerhalb der Einzelmaßnahmen immer wieder zu Finanzierungskonflikten führt, wurde mit dem Eisenbahnbundesamt eine Kostenzuscheidung auf Basis der Einzelmaßnahmen vereinbart. Demnach ergibt sich eine Zuordnung der Maßnahmen 1b, 2 und 3 mit einem Kostenvolumen von 126 Mio. € zum Nahverkehr, wohingegen die Maßnahmen 1a und 4 mit einem Kostenvolumen von 86,7 Mio. € der DB Netz AG zugeordnet werden.

Die DB Netz AG hat bereits als erste Teilmaßnahme mit den Planungen für den Bahnsteig F im Hbf Mannheim (Maßnahme 1a) begonnen. Auf Grund der vielfältigen Abhängigkeiten im Streckenabschnitt Mannheim-Heidelberg können diese Planungen allerdings erst weitergeführt werden, wenn zeitgleich auch die übrigen Maßnahmen geplant werden. Um dies zu ermöglichen und um erstmals eine qualifizierte Kostenschätzung zu erhalten, ist die Durchführung der Vor- und Entwurfsplanung dringend kurzfristig erforderlich. Grundlage hierfür bildet eine noch mit der DB Netz AG abzuschließende Planungsvereinbarung, die sowohl die Grundlagenermittlung und Vorplanung (Leistungsphasen 1 und 2 HOAI) als auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung (Leistungsphasen 3 und 4 HOAI) umfassen soll.

Dabei hat sich der ZRN bereits in den Gesprächen vorbehalten, nach der Vorplanung seine Gremien zu informieren und das Projekt ggf. abzurechnen, wenn für die spätere Realisierung unzumutbare Kosten erkennbar werden. Die Kosten für diese Planungsleistungen werden derzeit mit rund 12,7 Mio. € davon 4,15 Mio. € für die Leistungsphasen 1 und 2 HOAI und 8,55 Mio. € für die Leistungsphasen 3 und 4 HOAI, veranschlagt.

Die drei Bundesländer sind sich einig, dass die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz wegen der überragenden zentralen Bedeutung für den Betrieb des zukünftigen Gesamtnetzes der S-Bahn Rhein-Neckar die aus Nahverkehrsmitteln zu finanzierenden Teilprojekte solidarisch mitfinanzieren. Sie werden hierzu zu gegebener Zeit eine Vereinbarung zur Festlegung der Kostenaufteilung schließen. Das Land Baden-Württemberg hat sich im Rahmen der Gespräche mit den benachbarten Bundesländern bereit erklärt, die Planung mit einem Anteil von 7 % der Baukosten als „Anschubfinanzierung“ zu unterstützen. Dies entspricht einem Betrag von voraussichtlich rund 7,1 Mio. €

Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung der S-Bahn Rhein-Neckar als Rückgrat des ÖPNV in der ganzen Region und der Anschlussmöglichkeiten des übrigen ÖPNV in den Knotenbahnhöfen könnte die VRN GmbH einen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € zur Verfügung stellen. Demnach verbleibt ein Betrag in Höhe von 4,1 Mio. € der als kommunaler Finanzierungsanteil vom ZRN zu übernehmen wäre. Zur Finanzierung dieses kommunalen Anteils wird vorgeschlagen, 0,5 Mio. € aus der Kapitalrücklage des ZRN zu verwenden und 3,6 Mio. € über eine Sonderumlage zu finanzieren. Dieses Finanzierungskonzept ist als Anlage 1 dargestellt.

Bei der ZRN-Sonderumlage soll auf Grund des länderübergreifenden Charakters des Gesamtvorhabens eine gegenüber den bisherigen Umlagen zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen der S-Bahn Rhein-Neckar modifizierte Regelung Anwendung finden. Vorgeschlagen wird eine Systematik, bei der alle Gebietskörperschaften entsprechend ihrer Begünstigung an der Sonderumlage beteiligt werden. Damit wird auch der Entscheidung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz über eine solidarische Mitfinanzierung Rechnung getragen. Der Finanzierungsgrundsatz, wonach bei so genannten regional wirksamen Maßnahmen zunächst 50 % der Kosten nach dem Prinzip der Belegenheit (Eine direkte Zuordnung der Einzelmaßnahmen nach Belegenheit erscheint auf Grund des gesamthaften Charakters des Projektes nicht zielführend. Die Zuordnung erfolgt daher auf Grundlage der Streckenanteile: Stadt Mannheim 53,138 %, Stadt Heidelberg 44,149 %, Rhein-Neckar-Kreis 2,713 %) und 50 % nach dem Prinzip der Begünstigung zugeschrieben werden, bleibt hiervon unberührt. Allerdings erfolgt die Gewichtung der Einwohner zur Ermittlung der Begünstigung im Gesamttraum in Anlehnung (Allerdings erfolgt eine Reduzierung der Typklassen und eine Vereinfachung der Zuordnung) an das bisherige Verfahren wie folgt:

- | | |
|---|------------------------|
| - kreisfreie Städte mit S-Bahn-Anschluss | Einwohner x Faktor 0,6 |
| - Landkreise mit S-Bahn-Anschluss | |
| - für die Gemeinden mit S-Bahn-Anschluss | Einwohner x Faktor 0,6 |
| - für die übrigen Gemeinden | Einwohner x Faktor 0,3 |
| - übrige kreisfreie Städte und Landkreise | Einwohner x Faktor 0,1 |

Auf Basis der bisher vorliegenden Grobabschätzung werden vsl. die in Anlage 2 a dargestellten Finanzierungsbeiträge für die dringend erforderliche Planung der Leistungsphasen 1 bis 4 HOAI der Gesamtmaßnahme notwendig. Eine Abschätzung zum vsl. Mittelbedarf in den Jahren 2010 bis 2013 ist als Anlage 2 b beigefügt.

Die in der Anlage von der VRN-GmbH dargestellte Berechnung ist dahingehend zu berichtigen, dass nur die Einwohner des VRN-Bereiches berücksichtigt werden und die Kostenzusammenstellung insofern entsprechend abzuändern ist. Eine Neuberechnung ist uns von Seiten des VRN zugesagt worden. Der Landkreis ist daher mit einem Kostenanteil von rund 34.000 € zu beteiligen.

Weder der Länderseite noch den ZRN-Mitgliedern ist eine abschließende Festlegung auf Finanzierungsbeiträge für den Ausbau des Knotens Mannheim-Heidelberg zuzumuten, solange keine qualifizierte Kostenschätzung auf der Grundlage einer Vor- und Entwurfsplanung vorliegt. Es kann daher erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden, inwieweit über die derzeit gültigen Regularien für die Baumaßnahmen hinaus eine ZRN-interne Verteilung der weiteren Kosten erfolgen könnte.

Der Kreisausschuss hat daher in seiner Sitzung am 08.09.2009 dem Kreistag empfohlen, entsprechend den obigen Ausführungen die auf unseren Landkreis entfallende ZRN-Sonderumlage in Höhe von rund 34.000 € zur Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg zu übernehmen. Der Betrag wird in den Jahren 2010 bis 2013 fällig.

Landrat Görisch erläuterte die Vorlage und wies ergänzend darauf hin, dass nur die Einwohnerzahl im Gebiet des VRN berücksichtigt werden dürfe. Dies sei für den Bereich des Landkreises Alzey-Worms entsprechend korrigiert worden, wodurch die Anteile der anderen Gebietskörperschaften gestiegen seien. Er gehe davon aus, dass die anderen Mitglieder im Zweckverband ebenfalls noch im Laufe dieses Jahres die entsprechenden Beschlüsse fassen würden, damit die Maßnahme auf den Weg gebracht werden könne.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) führte aus, dass die finanzielle Beteiligung am Ausbau des Knotens Mannheim-Heidelberg im Hinblick auf den Ausbau der S-Bahn-Strecke nach Mainz konsequent sei.

Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU) machte deutlich, dass eine gute Anbindung des Kreises an die umliegenden Metropolregionen über öffentliche Verkehrsmittel unerlässlich sei. Da es sich beim Knoten Mannheim-Heidelberg um das Herzstück handle, sollte der Kreis solidarisch handeln und das Vorhaben finanziell unterstützen.

Kreistagsmitglied Becker befürwortete die Beteiligung des Kreises an den Planungskosten, da die Anbindung an die Ballungsräume für die Pendler und den Kreis als Naherholungsgebiet ein Stück Wirtschaftskraft darstelle. Zudem könne durch den Ausbau das Angebot an Verbindungen verbessert werden. Für eine effiziente und klimaschonende Personenbeförderung habe die Schiene Vorrang vor der Straße.

Fraktionsvorsitzender Lind (FDP) führte aus, dass es Sinn eines Zweckverbandes sei, sich gegenseitig zu unterstützen. Der Kreis sollte sich finanziell beteiligen, da er einen unmittelbaren Vorteil davon habe.

Kreisbeigeordneter Erbes wies darauf hin, dass die Fahrgastzahlen jährlich steigen würden. Dies mache die Maßnahme letztendlich auch erforderlich.

Beschluss:

Entsprechend den Ausführungen der Beschlussvorlage übernimmt der Landkreis den Kreisanteil der ZRN-Sonderumlage in Höhe von rund 34.000 € zur Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 1 der Originalniederschrift:

Berechnung Ausbau Knoten Mannheim-Heidelberg

Infektionsschutz und Hygienemaßnahmen in öffentlichen Gebäuden
- Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlagentext:

Mit Schreiben vom 23.08.2009 hat die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, zur Eindämmung der Infektionsgefahr in öffentlichen Gebäuden die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zu prüfen. Zweckmäßigkeit und Kosten einer Einrichtung zur Desinfektion der Hände sollten untersucht und die Möglichkeit zum gründlichen Händewaschen in den Toilettenräumen sichergestellt werden. Im Rahmen eines Informationsschreibens des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur an die Schulleitungen zum Umgang mit der sogenannten „Schweinegrippe“ wird als Vorsichtsmaßnahme unter anderem empfohlen, die Hände regelmäßig und gründlich mit Wasser und Seife zu waschen.

Die Kreisverwaltung, Referat Gesundheitsamt, hat mit Schreiben vom 28.08.2009 zur Verwendung von Handdesinfektionsmitteln Stellung genommen. Dies wird sowohl aus medizinischer und ökologischer Sicht als auch aus Gründen der Unfallverhütung als hoch problematisch gesehen und abgelehnt. Die Stellungnahme wird den Fraktionsvorsitzenden im Kreistag zur näheren Information zur Verfügung gestellt.

In den Schultoilettenräumen stehen Seifenspender und Papierhandtuchhalter bereit. An zwei Schulen wurden im Einzelfall fehlende Geräte bereits nachgerüstet, für eine vollständige Ausstattung wird in den nächsten Wochen gesorgt. Die flächendeckende Ausstattung aller Klassenräume mit Waschgelegenheiten inkl. Seifenspender und Handtuchhalter ist sowohl aus Kosten- als auch aus Praktikabilitätsgründen nicht vorgesehen.

Fraktionsvorsitzende Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Sie bemängelte die Stellungnahme des Gesundheitsamtes, in der keine Hinweise auf vorbeugende Maßnahmen zu finden seien. Seitens der Schulen müsste im Falle einer Grippeepidemie ein Hygieneplan erstellt werden. Dafür habe sie mehr Unterstützung des Gesundheitsamtes erwartet. Schwerpunkte lägen dabei vor allem auf der Schultoiletten- und Lufthygiene. Es müsse eine ausreichende Belüftung der Klassensäle sichergestellt sein. Sie stellte folgenden Antrag: „Das Gesundheitsamt wird beauftragt, die Hygienepläne an den Schulen zu kontrollieren und dem Kreistag einen Bericht vorzulegen.“

Landrat Görisch machte deutlich, dass das Gesundheitsamt bezüglich der Desinfektion eine klare Position bezogen habe. Für den inneren Betrieb einer Schule im Falle einer Grippeepidemie sei das Land zuständig. Der Kreis als Schulträger müsse dazu die Rahmenbedingungen schaffen. Dem Kreisausschuss werde demnächst ein Bericht vorgelegt, welche Maßnahmen mit den Schulen vereinbart worden seien. Herr Dr. Samosny könne dazu auch die fachliche Stellungnahme bezüglich der Desinfektionen erläutern. Aufgrund der Vorgaben für die Wärmedämmung sei angedacht, im Zuge von Sanierungen bzw. bei Neubauten eine gesteuerte Be- und Entlüftung der Räume einzubauen.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Handhabung von Desinfektionsmitteln in öffentlichen Gebäuden zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Schulen eine vollständige Ausstattung der Schultoilettenräume mit Seifenspendern und Handtuchhaltern sicherzustellen. Die Vorgaben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sind zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja 4 Enthaltungen

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 2 der Originalniederschrift:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitteilungen und Anfragen

Kreistagsmitglied Acker ging nochmals auf § 47 LKO ein. Darin sei geregelt, dass Fraktionen und Gruppen, die keinen Sitz in einem Ausschuss hätten, berechtigt seien, ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss zu entsenden. Laut einer anderen Vorschrift sei geregelt, dass sich alle Parteien in den Ausschüssen wieder finden sollten. Diese Vorschrift werde er der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Landrat Görisch sagte zu, dass die Anwendung dieser Vorschrift auf den Landkreis geprüft und über das Ergebnis entsprechend berichten werde.

Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 16.15 Uhr.

Im Anschluss an die Kreistagssitzung ehrte Landrat Görisch die ausgeschiedenen Kreistagsmitglieder und händigte die Dankurkunden des Landkreistages für langjährige Mitgliedschaft im Kreistag bzw. in Ausschüssen des Kreistages aus. Den Ehrungen schloss sich ein kleiner Imbiss an.

Ernst Walter Görisch
Landrat

Verena Marx
Schriftführerin